

Berliner Tageblatt



Nr. 108

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mofse in Berlin.

T. W. Die Rede, die der Reichskanzler Cuno morgen im Reichstag zu halten beabsichtigt, wird in der Hauptsache nichts anderes sein können als ein neuer energischer Protest. Ein Protest, aber kein ohnmächtiger, da hinter der Entschiedenheit der Worte die klare Festigkeit des Handelns steht. Herr Poincaré und seine Paladine haben in der vergangenen Woche die Schleißen ihrer Rhetorik abermals weit aufgetan. Der angeblich große Ringer, dessen Vorberzanz bereits sehr schief lag, hat am 2. März des feierlichen Delcassé gesprochen, der Finanzminister de Lasteyrie und der Kriegsminister Maginot haben in der Kammer ihr Feldgeschrei ertönen lassen, und der neue Präsident des Senates, Herr Gaston Doumergue, hat den frisch erworbenen Ehrenstift gleichfalls durch Erledigung eines patriotischen Bedürfnisses eingeweiht. Muß man erst sagen, daß jeder dieser Würdigen von den edelsten und reinsten Gefühlen überflößt? Wie die Löwen einer fontäne in gleichmäßigem Strom das Wasser auspeilen, ergießen sich aus diesen Löwenmäulern „Gerechtigkeit“, „Friedensliebe“ und „Zivilisation“. Die schönste Antwort, eine schweigende, erteilt den Phrasenquäler täglich das Ruhrgebiet. Dennoch ist es nötig, daß der führende Mann der deutschen Republik von Zeit zu Zeit dem Einbrecher erwidert, der nicht nur fremden Weis sich aneignet, sondern auch die Worte des Rechtes, des Friedens und der Zivilisation aus dem Sprachschatz der Menschheit zu entwenden pflegt. Aber hier und da, und selbstamerweise gerade in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, ist in den letzten Tagen die Meinung geäußert worden, der Reichskanzler solle noch mehr tun und, um der Welt die Opferwilligkeit Deutschlands zu beweisen, das Angebot bekannt geben, das von Herrn Bergmann in den ersten Januartagen nach Paris gebracht wurde, und das vor der verschlossenen Tür des Konferenzzimmers liegen blieb. Hat es wirklich einen Zweck, jetzt einen Zahlungsplan herbeizuholen, den man selber für unzulänglich und zerkratzt hält? Der „Temps“ hat neulich die Sitzung, in der Herr Poincaré die Anführung des Herrn Bergmann verurteilte, ausführlich geschildert, und wie man sich auch der geübtesten Betäre sind ihm unvorstellig Gefährlich entzückt. Man erschau aus dieser Erzählung, wie Herr Poincaré die alliierten Ministerpräsidenten überredete, die Frage, ob der deutsche Vorschlag entgegengenommen werden sollte, auf später zu vertagen, und man weiß, daß „später“ niemals kam. Was würde der Erfolg sein, wenn die deutsche Regierung sich entschließen wollte, dieses Angebot, das nicht bis zu den Ohren der erlauchten Verammlung dringen durfte, jetzt an die Öffentlichkeit zu bringen? Die gesamte Pariser Boulevardpresse würde, wie es auch immer ausfallen und wieviel es auch enthalten möge, unweigerlich losbrechen, daß es ein skandalöses Wagnis sei. Wir wollen dem Herrn Berette und seinen chers confères doch nicht Gelegenheit geben, die Aufmerksamkeit des französischen Publikums allzu sehr von den Triumpfen im Ruhrgebiet abzudrängen. Sie sollen ihren Lesern lieber sagen, wie es sich mit der Kohle verhält.

Unter den Reden, mit denen man in der vergangenen Woche das französische Volk über das Ausbleiben der Kohle und über den totalen, beispiellosen und durch keine schürstische Gewalttat reparierbaren Bankrott der Ruhrzerrörung hinwegzuführen versucht, ist die Antikritik des Herrn Doumergue erwähnenswert. Sie war keineswegs durch ihre Form oder geistigen Inhalt ausgezeichnet, selten ist in Pariser Klagen eine so fade Sauce zubereitet worden, aber sie läßt, obgleich sie ganz der Gegenwart gewidmet ist, ein Stück Vergangenheit aufzählen. Mehrere der liberalen und nationalistischen Boulevardblätter haben dem sozialistisch-kabalen Herrn Doumergue den wichtigen Posten des Senatspräsidenten nicht gegönnt. Sie haben sogar behauptet, er habe die Wahlhilfe der Regierung erkauf und nur dieser Hilfe wegen sich von der Mehrheit seine Partei, die gegen die Ruhrpolitik des Herrn Poincaré stimmte, in patriotischem Glanz getrennt. Man muß Herrn Doumergue gegen Angriffe verteidigen, dies unbedeutend ist. Es trifft nicht zu, daß er über Nacht, des Präsidentensessels wegen, zum Gefühnngslumpen wurde, und seine liberalen Gegner scheinen sich gar nicht daran zu erinnern, an welchen Geschäften dieser südranzösischen Spießhauch diese Säule der französischen Demokratie, diese Posaune der Gerechtigkeit schon früher teilgenommen hat. Im Februar 1917 kam Herr Doumergue als Sonderbotschafter nach Petersburg, wo es in einer Audienz seiner künftigen Medeligkeit gelang, den wohl schon vorher weich geklopften Zaren Nikolaus für den Abschluß eines französisch-russischen Geheimvertrages zu gewinnen. Dieser Geheimvertrag, der am 11. März 1917 unterzeichnet wurde, enthielt außer dem Paragrafen über die Rückgabe Elsaß-Lothringens und die Einbeziehung des gesamten Saarlohenbeckens in französisches Gebiet die Verabredung: „Die übrigen auf dem linken Rheinufer gelegenen Gebiete, die gegenwärtig einen Teil des Deutschen Reiches bilden, sind ganzlich von Deutschland abzutrennen und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien.“ Im vierten Paragrafen hieß es, daß diese linksrheinischen Gebiete „als autonomer und neutraler Staat konstituiert“ werden und so lange von französischen Truppen besetzt bleiben sollten, „bis die feindlichen Staaten sämtliche in dem Friedensvertrage festgesetzten Bedingungen und Garantien reiflos erfüllt haben“ — wobei man natürlich nach Art aller Wucherer und Betrüger entschlossen war, unerfüllbare Bedingungen zu stellen. Rußland erhielt dafür, Freiheit bei der Festlegung seiner Grenzen gegenüber Deutschland und Oesterreich, „freie Hand in Polen“ — das, wie die polnischen Kostgänger der französischen Regierung nie beachtet haben, damals von Frankreich an den Zarismus verschachert wurde — und die Zustimmung zu seinen „Aspirationen“ auf Konstantinopel und die Dardanellen. Derselbe politische Handlanger, der 1917 in Petersburg dieses Programm der Vergewaltigung mit dem russischen Autokraten verarbeitete, verschert im Senat, wo man ihm als Belohnung für seine Dienste den ersten Platz überlassen

Der „Blockadefrieg“ gegen Deutschland.

Die „Sanktionen“ gegen Mannheim und Karlsruhe.

„Wir halten den Rhein.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 4. März.

Die Besetzung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe und der Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt ist nach einer Information des „Echo de Paris“ im Ministerrat am 1. März beschlossen worden. Diese Maßregel soll als eine „Sanktion“ für den Widerstand zu betrachten sein, den die Deutschen durch die Behinderung der französischen Kohlentransporte leisten. Als Beispiel für diesen Widerstand wird die Verschäbung der Schleißen im Rhein-Herne-Kanal und die Verfertigung von Rähnen angeführt, welche diese Kanäle versperren. Diese Begründung wird in der offiziellen Note der französischen Regierung gegeben, die gestern abend, elf Stunden nach erfolgter Besetzung, dem deutschen Geschäftsträger in Paris übermittelt wurde. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Begründung, ganz abgesehen von ihrer völkerrechtlichen Unmöglichkeit, auch an sich keinen Glauben verdient. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß in den ersten Meldungen von keiner Sanktion, sondern nur von einer Maßnahme zur Sicherung der Zollkontrolle die Rede war. Erst nachdem diese Argumentation nicht als genügend erschien, um der öffentlichen Meinung eine neue Rechtfertigung zu erklären, wurden die angeblichen Sabotageverbrechen hervorgeholt, die bereits mehrere Wochen zurückliegen, ohne daß bisher Sanktionen für sie beschlossen worden sind. Unnötig zu sagen, daß auch die Sabotage nicht nachgewiesen ist. Die Schleißen sind in Unordnung gekommen, weil die französischen Ingenieure nicht verstanden, mit den komplizierten deutschen Maschinen umzugehen, ebensowenig, wie sie in der Lage sind, die Stellwerke der Eisenbahn zu bedienen. Die neue sogenannte Sanktion ist nichts anderes als ein neuer Akt der Willkür, der zugleich die technische Ohnmacht der Besetzung beweist. Zu gleicher Zeit werden politische Zwecke verfolgt, über welche die Indiskretionen einiger Zeitungen genügen Aufschluß geben.

Der erste Kommentator, den eine französische Zeitung zu der neuen Besetzung gibt, wird am Sonntag von der „Liberté“ veröffentlicht. Jacques Bainville, der Außenpolitiker der „Liberté“ schreibt: „Wir setzen unsere Operation im Ruhrgebiet fort, die sich durch ihre Entwicklung allmählich über die Grenzen des Ruhrgebiets erstreckt. Die Ruhr ist ein geographischer Begriff. Die Grenze dieses Kohlenbeckens ist nicht unübersteigbar. Um den Blockadefrieg, den wir organisieren, wirksam zu machen, mußten wir die Zufahrtsweg absperrern. Die Besetzung von Darmstadt und der Häfen von Mannheim und Karlsruhe ist die natürliche Entwicklung dieser Ideen. Von der Schweiz bis nach Holland hatten wir jetzt den Rhein. Vielleicht sind bei uns nicht alle Leute über die Wichtigkeit dieser Tatsache im klaren. Was jetzt geschieht, ist, bedeutet für Frankreich eine Erhöhung der Sicherheit und gleichzeitig eine

Erhöhung des europäischen Friedens. Als eine politische Wirklichkeit von großer Tragweite muß man heute feststellen — in Paris und London, in Bern und im Haag — daß wir der deutschen Rhein halten. Vielleicht wird der deutsche Kanzler annehmen, daß die neutralen und alliierten Staaten, die Interesse am Rhein haben, auf Frankreich eine Protesten versuchen werden. Die Schweiz, Holland, auch England sind interessiert. Wenn die Regierung des Reiches uns den Rhein überließe, könnten wir eines Tages der Koalition anderer Mächte gegenüberstehen. Diese Annahme wäre eine Illusion. Wir bedrohen die Freiheit des Reiches nicht mehr, als sie durch Wilhelm II. bedroht wurde, der den Rhein von Basel bis Gemmerich beherrschte. Wenn sich Widersprüche erheben, wird es uns leicht sein, auf sie zu antworten und den Nachweis zu führen, daß unter unserer Kontrolle der große Strom internationaler ist, als unter deutscher Herrschaft.“

Die „Gründe für die Sanktionen“.

Eine Pariser Note.

Berlin, 4. März. (Antlich.)

Die französische Regierung hat sich darauf beschränkt, dem deutschen Geschäftsträger in Paris nach Vollziehung der neuen gegen Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt gerichteten Gewaltakte am 3. d. M., abends 8 Uhr 45 Minuten, folgende Note übergeben zu lassen:

„Der Rhein-Herne-Kanal, dessen infolge von Sabotage beschädigte Schleißen durch die Bemühungen der französischen und belgischen Behörden wieder in Ordnung gebracht worden sind, ist durch absichtliche Verfertigung von Rähnen gesperrt worden. Die französische Regierung hat beschlossen, als Vergeltungsmaßnahme die Häfen von Mannheim und Karlsruhe und die Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt zu besetzen.“

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat die Ehre, die deutsche Botschaft für alle Fälle hiervon in Kenntnis zu setzen. Auch in diesem Falle also gibt sich die französische Regierung nicht die Mühe, ihre Gewaltakte zu verschleiern.

Die französische Politik wird in ihren Maßnahmen immer brutaler, in ihren Vorwänden und Ausreden immer dümmere. Bisher hat die französische Regierung sich doch wenigstens die Mühe gegeben, für die rechtswärtigen Gewaltakte angebliche „Verletzungen der Reichsregierung“ heranzuziehen. Jetzt aber nimmt sie sich das Recht heraus, wegen der angeblichen „absichtlichen Verfertigung von Rähnen“ (sie sagt nicht einmal, durch wen) gegen drei der wichtigsten Städte Südwestdeutschlands vorzugehen und die Grenze des besetzten Gebietes willkürlich zu erweitern. Mit demselben Recht könnte sie morgen, wenn ein Lokomotivführer oder ein Postbeamter im Ruhrgebiet sich weigert, für die Franzosen Dienste zu tun, zur Okkupation Berlins schreiten.

hat, Frankreich verteidige im Ruhrgebiet seine „heiligen Rechte“, die „von Deutschland mit Füßen getreten werden“, und habe „bis in die letzte Zeit hinein Verschlossenheit und Geduld gezeigt“. Dieser Laibdemokrat, der die Grundzüge der Völkerefreiheit frech mißachtete, in troher Dienstwilligkeit die Zerschlagung Deutschlands, die Verflawung unabhängiger Menschen begehrt, erklärt heuchlerisch, daß von Deutschland bedrohte Frankreich dürfe nicht das Opfer seiner Friedensliebe sein. Überall, wo man den Deckel aufhebt, duftet die Lüge heraus. Sie duftet, wenn Herr Poincaré seinen Delcassé, den man zusammen er dem Kriege den Weg gebnet und die Vernichtung des deutschen Reiches erstreckt hat, wie einen Staatsmann von der Reinheit Washingtons feiert und wenn Herr Doumergue auf dem Sessel des Senatspräsidenten seine Seele entleert. Überall in der Welt, und in reichlichem Maß auch bei uns, schwelgen Menschen in verlogenerem Wortschwall, und überall sind Selbstprüfung, Wahrheitsliebe, Geständnis der eigenen Fehler bei sehr vielen unbedeutend. Die Spezialität des französischen Imperialismus ist es, daß er bewußt und absichtlich die Lüge zum Schem, zur Grundlage der ganzen herrschenden Politik entwickelt hat.

Drei Monate, bevor Herr Doumergue mit dem Zaren über den Geheimvertrag verhandelte, hatten die kriegsführenden Alliierten in einer Note sich dem Präsidenten Wilson gegenüber verpflichtet, im Friedensaufsatze das Selbstbestimmungsrecht der Völker in unangefastet zu lassen, und der mehr als ahnungslose Wilson hatte diese Verpflichtung ernst genommen. Der „Felsen Papier“, auf den sie ihre Unterschrift gesetzt hatten, um den noch Schwankenden von ihrem Idealismus zu überzeugen und seinen Beistand zu gewinnen, hielt die französischen Eroberer, die alle zehn Diebstahler nach dem Rheinlande austreckten, nicht im geringsten ab, ihre Pläne weiter zu verfolgen, und ohne sich um minderen zu genieren, betrogen sie Wilson und Amerika. Sie betrogen England, das weder die geheimen Abmachungen über das Rheinland kennen lernte, noch etwas von den Gesprächen über Konstantinopel und die Dardanellen erfuhr. Selten nahmen große Nationen es so geduldig hin, daß ein Verbindeter, um seine eigene Hegemonie aufzurichten, sie läßtlich hinterging. Herr Doumergue hat, mit treuem Blick und liegender Seite, den Engländern zugezinkt, man habe gemeinsam „für Gerechtigkeit und Zivilisation gekämpft“. Ja, und während man unter dieser falschen Fassade gemeinsam kämpfte und Frankreich sich von dreißig oder vierzig Staaten im Namen der schönsten Prinzipien beschließen ließ, reifte eben dieser ehrliche Doumergue im Auftrag seiner Regierung nach Petersburg und erledigte dort, hinter dem Rücken der Be-

schützer und in der Absicht, sie zu überdöseln und ihre Macht zurückzubringen, das französisch-russische Privatgeschäft. Jetzt sollen, immer zum gleichen Ziele, die achtzehn Monate Dienstzeit in der französischen Armee beibehalten werden, und natürlich sagt man nicht, daß man gegen England rüfte, sondern der arme französische Militarismus fählt sich durch Deutschland bedroht. Der „Temps“, der „Matin“ und die anderen Brandstiftervorgänge, die Frankreich in das Ruhrgebiet hineingetrieben haben, stellen den herrlichen Widerstand des Ruhrvolkes, der Eisenbahner, Beamten und Arbeiter, konsequent als eine „nationalistische“ Erneute dar, und der Kriegsminister Maginot hat ähnliche Melodien angestimmt. Wir unterschätzen nicht den in Deutschland von Frankreich hochgeschätzten Rationalismus, und wer sähe nicht viele Leute, die noch nichts gelernt haben und auch gar nichts lernen wollen? Die bekannte Gattung der Heimkrieger müßte ja sogar den Unterricht im Französischen ausrotten und irgendwo haben Schulbuben, wie „böckische“ Wäffer begeistert meloden, sich zu dem Rittschwur vereinigt, sie würden in die französische Grammatik nicht mehr hineinblicken, sondern lieber in Ehren untergehen. Nach 1870 haben die Franzosen die Erlernung der deutschen Sprache weit gründlicher als vorher durchgeführt. Wenn man glauben sollte, daß man Deutschland durch Unbildung, und durch den Entschluß, den Gegner nicht zu kennen, wieder emporrücken könne, so dürfte das ein Denkfehler sein. Aber mit der großen Verteidigung im Ruhrgebiet hat das alles gar nichts zu tun. Wie oft muß man wiederholen, daß dort nicht der Rationalismus für seine besonderen Ideen, sondern das arbeitende Volk für seine Freiheit, sein Recht, seine Unabhängigkeit, seine friedliche Stätte kämpft? Und wahrhaftig, zur Begründung für französische Heeresverpflichtungen eignen die Vorgänge im Ruhrgebiet sich nicht. Denn das Volk ist dort ohne Waffen, steht mit unbewehrter Brust und nur mit mannhafem Willen den Tanks und Bajonetten gegenüber und zwingt sich zu fühl verächtlicher Ruhe, obgleich es von einer fastwütigen Brigantenbande geschunden und gepeinigt wird. Wenn aber die französische Armee je einmal so groß wäre, wie heute, und noch sehr viel mehr Geschütze und rüberberische Offiziere bestände, was würde im Ruhrgebiet anders sein? In einem Kampfe der Gewalt gegen die Gewalt kann die Ankunft von neuen Regimentern, neuem Kriegsmaterial den Ausschlag geben, aber niemals in einem Kampfe der Gewalt gegen den Geist.

Manchmal kommen Vertrauensmänner der Eisenbahner oder der Bergarbeiter, die im Ruhrgebiet die Verteidigung organisieren, zu Besprechungen nach Berlin. Es ist eine große